



Deutscher Berufsverband
für Soziale Arbeit e.V.

Landesverband Berlin



1. Vorsitzender
Hannes Wolf
h.wolf@dbsh-berlin.de

www.dbsh-berlin.de

Berlin, 13.12.2018

Presseerklärung

300 € Zulage und Höhergruppierung an Brennpunktschulen - Wo bleibt die Jugendhilfe?

Höhergruppierung für Fachkräfte in Berliner Jugendämtern muss jetzt kommen!

In Brennpunktschulen in Berlin erhalten Lehrer*innen rückwirkend zum Schuljahresbeginn monatlich 300 € Zulage. Erzieher*innen werden in eine höhere Tarifgruppe eingestuft. Das begrüßen wir sehr und es zeigt, dass trotz des TV/L in Berlin etwas möglich ist.

In diesem Zusammenhang ist die Berliner Jugendhilfe EMPÖRT und fühlt sich NICHT ernst genommen, denn:

- Seit Jahren kämpfen wir, Sozialarbeiter*innen der freien und öffentlichen Jugendhilfe, für eine bessere und angemessene Bezahlung. Die Senatsverwaltung Fin und Jug entgegnet auf unsere Forderungen immer wieder: „Innerhalb des Tarifvertrages des Landes Berlin ist keine Zulage und/oder Besserstellung oder Höhergruppierung möglich...“.

Kinder, Jugendliche und deren Familien haben ein Recht auf Hilfe und Unterstützung vom Jugendamt. Dies gilt insbesondere in **schwierigen Lebenslagen**, in **Krisen**, wenn es scheinbar nicht mehr weiter geht. Gerade in Gefährdungslagen ist die intensive Zusammenarbeit mit den Familien unverzichtbar. Wer in Krisen keinen Kontakt zu Familien herstellen kann, scheitert als Kinderschützer*in. Kontakt herzustellen erfordert Zeit und Personal, um mit den Familien und deren Netzwerken arbeiten zu können. Mehrere Gespräche mit allen Beteiligten, auch zu Hause und auch mit den Kindern, müssen selbstverständlich sein.

Um gut arbeiten zu können, bedarf es besserer Arbeitsbedingungen und einer ausreichenden Personalausstattung, um der ansteigenden, viel zu hohen Fallbelastung entgegenzuwirken – **es bedarf einer Jugendhilfe, die helfen kann.**

Wir fordern den Senat auf, sofort eine monatliche Zulage die Lohnlücke zwischen Berlin und Brandenburg für alle RSD Sozialarbeiter*innen zu schließen. Der Kinderschutz der Regionalen Sozialpädagogischen Dienste ist im Land Berlin aufgrund der Personalknappheit nicht mehr sicherzustellen. Es muss jetzt gehandelt werden!

Ansprechperson: DBSH Berlin

Hannes Wolf, Vorsitzender,
h.wolf@dbsh-berlin.de, Tel.: 0152 26 47 22 28

Zum Hintergrund:

Am 14. Mai wurden die Ergebnisse der bundesweiten Studie „Zur Situation des ASD im Jugendamt: Soziale Arbeit in strukturellen Zwängen“ von Frau Prof. Dr. K. Beckmann von der Hochschule Koblenz in Kooperation mit dem Jugendamt Mitte und der Deutschen Kinderhilfe vorgestellt. Die Bottom-Up-Studie ist die erste Studie in Deutschland, die den Status quo in deutschen Jugendämtern zeigt und mit Vermutungen und Unterstellungen aufräumt. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass strukturelle Rahmenbedingungen im System der Kinder- und Jugendhilfe eine professionelle sozialpädagogische Arbeit behindern.

Weitere Informationen zur Studie finden Sie hier: [Pressemappe](#)

<https://www.kindervertreter.de/downloads/Pressemappe%20PK%20Studie%20ASD.pdf>

Über den DBSH

Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) e.V. ist berufspolitische Vertretung und tariffähige Gewerkschaft für Soziale Arbeit. Im Zeichen der Solidarität und Fachlichkeit organisieren sich Fachkräfte um gemeinsame Interessen zu vertreten, sich sozialpolitisch einzumischen und an der Entwicklung Sozialer Arbeit mitzuwirken.